

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 26

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

desrats sind Parlament und Institutionen verantwortlich, nicht etwa der Bundesrat.

Andererseits hat sich im Kielwasser der rasanten technischen Entwicklung die Arbeitslast auch des Bundesrats dermassen erhöht, dass sie nicht mehr durch ein Gremium von sieben Mitgliedern wahrgenommen werden kann. Um ein Beispiel von mehreren zu nennen: Der Chef des Eidgenössischen Departements des Innern ist unter anderem zuständig für Kultur, Umwelt, Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft, Soziales und Sport. Für diese Sparten sind in anderen Staaten drei bis sechs Minister zuständig. Unser Innenminister muss sehr viel häufiger an internationalen Ministertreffen teilnehmen als seine ausländischen Kollegen, und er muss seine Zuständigkeit in allen Fragen ausweisen. Damit ist die Grenze der Belastbarkeit überschritten.

Eine Erhöhung der Zahl der Bundesräte auf etliches über zehn bedeutet jedoch das Ende des Kollegialsystems. Fraktionsbildung wäre unvermeidlich, und die Regierungstätigkeit würde erschwert.

Der vernünftigste Ausweg bestünde in der Bildung einer Regierungskoalition und einer Oppositionskoalition von je politisch sich nahestehenden Parteien. Die Nähe politischer Wertvorstellungen auf beiden Seiten würde sowohl ein wirksames Regieren als auch eine kontrollfähige Opposition gewährleisten. Vor allem: Auf den Bänken der Regierungs- wie der Oppositionskoalition wäre nicht nur die Vertretung der Sprachgruppen und Landesteile gesichert, sondern ebenso die bessere Beteiligung kleinerer Parteien an der politischen Macht, die der Regierung und der Opposition zufällt.

Es ist einsichtig, dass der langsame Übergang zu einem parlamentarischen System erhebliche Änderungen nach sich ziehen müsste. Nach jeder Palramentswahl, deren nächste im Jubeljahr der Eidgenossenschaft ansteht, wäre die Regierungskoalition neu zu bestimmen und deren Chef mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die Bestellung der Regierung von vielleicht 15 Mitgliedern auf vier Jahre enthöbe uns der Einführung der Vertrauensabstimmung mit dem vielleicht allzu raschen Auswechseln der Regierungsequipe. Dafür hätte die Oppositionskoalition eine Chance, nach den nächsten Wahlen die Regierungsmacht übernehmen zu können.

Ob damit eine Entwicklung hin zum Zweiparteiensystem eingeleitet würde, ist nicht völlig auszuschliessen. Immerhin ist zu bedenken, dass Schweizer in der Regel in einem breiteren Spielraum zwischenparteilich koalitionsfähig sind, wenn ihnen im engeren Spielraum partikularer Interessen volle Konsensfähigkeit erhalten bleibt.

So bedauerlich das wäre: Das Recht auf Referendum und Initiative müsste auf wesentliche Fragen begrenzt werden. Zum

einen hat es den Staatsbürger ohnehin überfordert, was sich in der sinkenden Stimmbeteiligung erweist. Zum ändern hat es zu Überlastungen des Parlaments geführt. Zum dritten steht es der doch anzustrebenden Europafähigkeit der Schweiz im Wege.

Eine weise Beschränkung dieser Volksrechte ist vermutlich der einzige Weg, sie in Zukunft wenigstens für wesentliche Belange erhalten zu können. Tatsächlich ist mit diesen Volksrechten Missbrauch getrieben worden, was auf den steigenden Partikularismus zurückzuführen ist und worunter die Konsensfähigkeit gelitten hat – eine Entwicklung, die von den traditionellen Parteien, die allein Zielkonflikte im eigenen Schoss austragen, nicht aufgefangen werden konnte.

Die Grundfrage staatlichen Seins oder Nichtseins verliert an Bedeutung und wird zunehmend überschattet von eher technischen Fragen wirtschaftlicher und organisatorischer Natur, die von Fachleuten meist nicht einheitlich beurteilt werden können und daher im Volk polarisierend wirken. Just diese Entwicklung ist für die beschnittene Führungsfähigkeit des Bundesrats in erheblichem Masse mitverantwortlich. Er ist unter den heutigen Umständen dazu verurteilt, seine Massnahmen nach einem gemeinsamen Nenner auszurichten, der zusehends schrumpft. Den partikularen Interessen musste Kaiseraugst geopfert werden und könnte die Bahn 2000 oder allenfalls der Beitritt zu einem europäischen Wirtschaftsraum geopfert werden müssen.

Das Parlament ist ebenfalls in eine Zwitterlage gelangt. Es hat gegenüber dem Sachwissen von Interessengruppen an Glaubwürdigkeit eingebüsst, ist dem verstärkten Einfluss der Medien ausgesetzt worden und ganz allgemein durch die Flut wachsender Aufgaben überfordert. Es könnte sich gegenüber einer stärkeren Regierung dadurch festigen, dass es sich eher nach englischem Vorbild mit Kontrollfunktionen denn nach deutscher oder amerikanischer Art mit gesetzgeberischen Arbeiten befasst. Nur durch die Konzentration auf Kontrollfunktionen kann der Milizcharakter unseres Parlaments gestärkt und erhalten werden, vorausgesetzt dass jedem Parlamentarier ein(e) Sekretär(in) zur Verfügung gestellt wird. Andernfalls wird die weitere Professionalisierung des Parlaments nicht aufzuhalten sein. Dann aber wird sich eine «*classe politique*» bilden, welche die politische Landschaft unseres Landes nachhaltig verändern würde. ■

LIEBE LESER

In der Golfkrise läuft das UNO-Ultimatum, dem vor allem die Amerikaner gegebenenfalls mit Waffengewalt Nachachtung verschaffen wollen, am 15. Januar ab, und damit stellt sich die Frage nach der ersten grossen Konflikteskalation in der neuen Ära. Diese ist in den internationalen Beziehungen dadurch gekennzeichnet, dass regionale Konflikte keine Einbettung mehr im Ost-West-Gegensatz und speziell in der Konfrontation der «Supermächte» USA und UdSSR haben. Die Sowjetunion hat diesen Status nicht mehr, und überdies versteht sie sich nicht länger als Gegenspieler des Westens, weder machtmässig noch ordnungspolitisch.

Der Zustand ist so neu, dass er in seinen Gesamtauswirkungen noch nicht eingesehen werden kann. Einerseits erübrigt er die Stellvertreterkriege, was für die Sache des Friedens um so besser ist, andererseits werden jene, die auf eigene Faust ihre Kriege führen, der Kontrolle durch rivalisierende Schutzmächte ledig, die ihr Globalinteresse vor Augen haben und für ihre eigene Ordnung sorgen möchten. Das so erreichte «Gleichgewicht» war zwar durchaus trügerisch, weil die Sowjetunion von früher zielbewusst expandierte, aber es bestand eine generell abgesteckte Gefahrenlage, in der man sich auszukennen glaubte, und jetzt tut man es nicht mehr.

Dass die Sowjetunion international nicht nur eine kleinere, sondern auch eine qualitativ neue Rolle spielt, ist in Europa schon früh flagrant geworden, aber tatsächlich zeigt es sich überall und eben jetzt im südlichen Afrika (siehe Seite 10). Moskau vermittelt heute in Angola zwischen den Bürgerkriegsparteien unter Anerkennung der Aufstandsbewegung Unita. Das wäre eine Undenkbarkeit nicht nur vor der Perestrojka gewesen, sondern noch vor einem Jahr. Die Dritte Welt, im Verhältnis zur Ersten und zur Zweiten Welt definiert, verliert den Sinn «ihres» Namens, den wir aus dem Norden ihr gegeben hatten. Nun muss sie, dieser bevölkerungsmässige Hauptteil der Erde, mit ihren jeweiligen Gewichten und ihrer addierten Gewichtung neu begriffen werden; wir haben alle den gleichen Planeten.

Wir wünschen allen unsern Lesern ein gutes neues Jahr. *Christian Brügger*